



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Pape, R.: Der deutsche Bund : (Schluß.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Männer, bei denen ein starker Sinn für Takt, Bescheidenheit und guter Geschmack vorauszusetzen sind, sein, wenn sie von Zeit zu Zeit pharisäischen Instinkten wie diesen Frohndienste leisten müssen! Was muß bei uns der Pharisäismus der Menge sein, wenn ein Mann von der Stellung Lord Salisburys, des Premierministers Großbritanniens, es nicht für unter seiner Würde hält, die Session von 1885 mit einer lobqualmenden, großsprecherischen Rede über die unvergleichlichen Eigenschaften des britischen Heeres zu schließen, wie sie sich ein Alderman hätte gestatten können! Lord Derby ist ein zweites Beispiel für diese Art öffentlicher Charaktere. Die Times stellte ihn viele Jahre als das kommende Licht hin, was aber nicht hinderte, daß seine politische Laufbahn ein kläglicher Fehlschlag war. Und doch sehen wir diesen Bewohner eines Glashauses pharisäische Steine werfen und hören ihn sagen, die europäische Diplomatie sei nichts als ein blutiger Kehricht. Dieser gewissenhafte Kehrichtwühler sieht sein eignes Bild mit Blut besudelt in den Diplomaten Europas, unter denen natürlich auch Fürst Bismarck ist. Was für vollendeter Geschmack! Und schließlich, was würde es für ein Geflatter und Geräusch unter unsern Drakeln geben, wenn ein auswärtiger Minister uns wie Herr Gladstone den Österreichern zurufen wollte: »Die Hände weg!« Wie wohl das alles doch darauf berechnet ist, uns das Wohlwollen unsrer Nachbarn zu gewinnen!"

Der hier geschilderte Pharisäismus ist aber nur eine von den Eigenschaften des Engländer, die ihm bei den andern Völkern die Zuneigung und Achtung verkümmern, welche ihm sonst billigerweise zukäme. Eben so sehr und mehr noch schadet ihm ihre Schwestereigenschaft, der Cant, den wir nun in dem folgenden Abschnitte ausführlicher betrachten wollen.



Der deutsche Bund.

Von R. Pape.

(Schluß.)



n der Paulskirche gab es in Beziehung auf die deutsche Verfassungsfrage drei große Parteien, von denen allerdings jede wieder aus einer Anzahl mehr oder minder verschiedner Fraktionen zusammengesetzt war. Die Rechte bildeten die „Großdeutschen.“ Das war eine wesentlich österreichische und eine durch und durch preußenfeindliche Partei; zu ihr gehörten natürlich zunächst die Öster-

reicher, soweit sie nicht demokratisch waren, dann die Partikularisten der Mittelstaaten, endlich alle ultramontanen Elemente. Während die entschiedensten Männer dieser Richtung dahin strebten, ganz Österreich in den Bund aufzunehmen, somit das sogenannte Siebzig- oder Siebenundsiebzig-Millionenreich zu bilden und dadurch Preußen und die andern deutschen Staaten in ein ausgesprochenes Vasallenverhältnis zum Kaiserstaate zu bringen, wollten die meisten wenigstens die bisherige Stellung und den alten Einfluß Österreichs in Deutschland und am Bunde aufrecht erhalten; alle aber wollten Preußen niederhalten, demütigen und, womöglich, verkleinern und zertrümmern. Dieser Rechten gegenüber stand die demokratisch-republikanische Linke; auch bei ihr waren die mannichfachsten Schattirungen vertreten, von dem „zahmen Revolutionär in Schlafrock und Pantoffeln,“ der zwar, nach einem Witz der damaligen Zeit, „die Republik wollte, aber mit seinem Großherzoge (oder wie er sonst hieß) an der Spitze,“ bis zu den internationalen Umstürzlern und den bluttriefenden Barrikadenkämpfern, bei denen der politische Fanatismus und andre schlimme Leidenschaften jegliches Gefühl für das Vaterland überwuchert hatten. Auch diese Partei wurde wesentlich durch den Preußenhaß zusammengehalten. Man denke nur an den Vers:

Feder, Struve, Bix und Blum,
Kommt und bringt die Preußen um!

Hierin berührten sie sich mit den angeblichen Großdeutschen, mit denen sie darum in manchen Fragen zusammengingen, in ähnlicher Weise, wie noch vor kurzer Zeit Windthorst, Richter und Liebknecht oder Grillenberger Hand in Hand gingen.

Zwischen beiden stand das Centrum, zwar auch nichts weniger als ein einheitliches Ganzes, aber patriotisch und national, monarchisch und wesentlich preußisch gesinnt. Zu dieser Partei, die allerdings in eine Reihe von verschiedenen Klubs geteilt war, gehörten unbestreitbar die hervorragendsten Talente und die reinsten Charaktere der Versammlung. Da sie mehr oder weniger entschieden ein Ausscheiden Österreichs aus Deutschland erstrebten, nannten ihre Gegner sie spottweise die „Kleindeutschen“; sonst bezeichnete man sie als die „Erbkaiserpartei,“ später auch als die Gothaer, wegen des in Gotha abgehaltenen sogenannten Nachparlaments. Was diese Partei erstrebte, war groß und edel, und das Hauptziel, auf welches ihr Sinnen und Trachten gerichtet war, ist ja später erreicht worden, wenngleich in ganz andrer Weise, als wohl auch nur einer unter ihnen damals gedacht hat. Wenn auch das Werk, für das sie ihre besten Kräfte eingesetzt haben, nichts weiter war als eine politische Seifenblase, so lag das nicht an mangelndem guten Willen, sondern an politischen Verhältnissen, die viel stärker waren als sie. Tadeln kann man sie höchstens, daß sie diese Verhältnisse nicht richtig zu beurteilen verstanden; wenn man aber sieht, wie oben in dem Verfassungsentwurfe zu lesen ist, daß sogar Friedrich Wilhelm IV. sich solchen Träumereien und Schwärmereien hingab und dabei

Grenzboten I. 1888.

ganz die harten, unerbittlichen Macht- und Interessenfragen übersah, so kann dieser Tadel nicht allzu hart sein.

Zunächst errang diese Partei scheinbar einen Erfolg, der noch einmal eine Begeisterung hervorrief, die derjenigen ähnlich war, mit welcher der „Völkerfrühling“ von 1848 von den meisten Seiten begrüßt worden war. Am 27. März 1849 wurde endlich, nachdem eine Reichsverfassung mit Staatenhaus und Volkshaus zustande gebracht war, die Erbllichkeit der Würde des Reichsoberhauptes, der den Titel „Kaiser der Deutschen“ führen sollte, angenommen, allerdings mit der winzigen Mehrheit von nur vier Stimmen. Am 28. März wurde Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser gewählt. Sofort wurde eine Deputation von dreißig Mitgliedern, an deren Spitze der Präsident Simson stand, nach Berlin gesandt, um dem Könige im Namen der deutschen Nationalversammlung die erbliche Kaiserwürde anzubieten. Am 3. April 1849 empfing Friedrich Wilhelm diese Deputation im Rittersaale des Schlosses zu Berlin und lehnte die angebotene Krone ab, zwar nicht ganz entschieden und endgiltig, aber es war doch eine Ablehnung. Damit war die ganze, so gewaltig erscheinende nationale Bewegung, die etwa ein Jahr zuvor ihren Anfang genommen hatte und die damals einem mächtigen Strome gleich alle Hindernisse mit Leichtigkeit schien hinwegspülen zu wollen, im Sande verlaufen, und die deutsche Frage war verworrener und verfahrenener denn je zuvor.

Es ist hier nicht der Ort, auf alle die sich am Hofe und um die Person des Monarchen kreuzenden Einflüsse und Erwägungen näher einzugehen. Ebenso wenig sollen hier die verschiedenen Verhandlungen, Schreiben und Ansprachen oder gar die staatsrechtliche Frage, ob das Parlament überhaupt befugt war, eine Kaiserkrone zu vergeben, besprochen werden. Darin jedoch werden wohl die meisten unbefangenen Beurteiler, welche die politischen Verhältnisse jener Zeit kennen, und welche aus der Geschichte überhaupt etwas gelernt haben, übereinstimmen, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Mit den republikanischen Elementen, die von einer monarchischen Verfassung überhaupt nichts wissen wollten, wäre man wohl fertig geworden; das beweisen thatsächlich die Vorgänge in Baden und in der Pfalz. Auch den Mittelstaaten wäre der Großmachtsdusel wohl etwas vergangen, wenn einige Armeekorps einen sanften Druck auf sie geübt hätten. Aber zu einer endgiltigen Auseinandersetzung mit Österreich war damals Preußen gar nicht imstande. Denn friedlicher Natur wäre eine solche Auseinandersetzung niemals gewesen, auch in der Zeit nicht, in welcher Österreich durch Aufstände und Kriege völlig gelähmt schien. Der Entscheidungskampf wäre dann höchstens so lange vertagt worden, bis der Kaiserstaat wieder zu Atem und zu Kräften gekommen wäre. Zu einem solchen Kriege war damals das preußische Heer lange nicht stark genug, auch wenn Männer an der Spitze gestanden hätten, welche die politische und militärische Befähigung zur Durchführung eines solchen Werkes

befessen hätten. Endlich hatte man mit dem Auslande zu rechnen. Wenn Frankreich, damals von Parteihader durchwühlt, auch für den Augenblick geschwiegen hätte, so hätte Rußland niemals eine Einigung und damit eine Kräftigung Deutschlands zugegeben. Wie energisch und bestimmt Kaiser Nikolaus in dieser Beziehung seinem Willen Ausdruck gab, werden wir gleich hören.

Diese wenigen, nüchternen Erwägungen, die man doch sicherlich damals auch in Berlin angestellt hat, rechtfertigen die Ablehnung der von der Frankfurter Versammlung gebotenen Kaiserkrone hinlänglich. Umso unbegreiflicher ist es, wie man in preußischen Regierungskreisen ernstlich hat glauben können, daß man daselbe, was man eben als Geschenk der Nationalversammlung zurückgewiesen und verschmäht hatte, auf einem andern Wege erreichen könnte. Fast unmittelbar nach Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. begannen die sogenannten preußischen Unionsbestrebungen, hauptsächlich auf Antrieb und unter Leitung von Radowiz. Im Mai des Jahres 1849 war das sogenannte Dreikönigsbündnis abgeschlossen worden, mit Sachsen und Hannover; Baiern hatte die Verhandlungen abgebrochen, und Württemberg hatte sich von Anfang an zurückgehalten. Zwischen den drei Regierungen wurde ein Verfassungsentwurf vereinbart, der sich in den meisten Punkten der Frankfurter Reichsverfassung anschloß. Die meisten Mitglieder der Erbkaiserpartei sprachen auf einer Versammlung in Gotha, die auf Veranlassung von Gagern, Dahmann und Mathy berufen war, dem sogenannten Nachparlamente, sich für diese Unionsverfassung aus. Bis zum Herbst dieses Jahres traten achtundzwanzig deutsche Bundesstaaten der Union bei; außer den beiden süddeutschen Königreichen fehlten nur Österreich, Hessen-Homburg, Liechtenstein und Luxemburg. Preußen schrieb die Wahlen zum Unionsparlament aus, und am 20. März 1850 wurde dieses zu Erfurt durch eine schwungvolle Rede des preußischen Bevollmächtigten, Josef von Radowiz, eröffnet. Diese Bemühungen Preußens, Deutschland mit Ausschluß von Österreich zu einigen, müssen wenigstens insoweit besprochen werden, als es unumgänglich nötig ist, um die Ereignisse zu verstehen, welche schließlich zu der einfachen Wiederherstellung des Bundestages führten.

Sehen wir jedoch jetzt erst, was weiter in Frankfurt geschah, und wie Österreich, gestützt durch Rußland, in die deutsche Frage eingriff.

Die Kaiserdeputation der Nationalversammlung war nach kurzem Verweilen in Berlin nach Frankfurt zurückgekehrt: „Wie Triumphatoren waren sie ausgezogen, fast wie versprengte Flüchtlinge kehrten sie zurück,“ hat man gesagt. Die Reichsverfassung war zwar von einer Reihe von Regierungen anerkannt worden; doch hielten sich die Königreiche zurück. Abänderungsverhandlungen führten zu keinem Ziele, ebensowenig weitere Besprechungen mit dem Könige von Preußen. Obgleich Beckerath, der mit ihm persönlich verhandelte, ihm die Worte Arndts vorhielt: „Die Gefahr ist stets die sieglockende Sonne für

Preußen gewesen, wenn es nur frischen Mutes seine Adler fliegen und den Sonnenraub greifen und halten läßt," blieb der Entschluß des Königs unerschütterter, und die Ablehnung der Kaiserkrone wurde endgiltig. Die ganze Bewegung war ins Stocken geraten, und jetzt griff auch Österreich zum ersten male in die Sache ein.

Österreich fing nämlich jetzt an, der Schwierigkeiten, die es dem Rande des Unterganges nahe gebracht hatten, Herr zu werden. Der greise Löwe Radeky hatte in der Lombardei die Sarden und die Aufständischen blutig aufs Haupt geschlagen. Hainau, die „Hyäne von Brescia," hatte seine blutigen Strafgerichte abgehalten und hatte mehrfach vornehme Damen, die sich an politischen Umtrieben beteiligt hatten, auf offenem Markte auspeitschen lassen. Fürst Windischgrätz und der Banus Sellschitsch hatten in Wien die „Ordnung" wieder hergestellt, und wer von den Führern der Empörer ergriffen wurde, war „mit Pulver und Blei behandelt" oder dazu „begnadigt" worden. Der Krieg in Ungarn tobte allerdings noch fort; doch schon waren Abmachungen mit Rußland getroffen, um auch diesem Kampfe ein Ende zu machen, und ein Teil des Landes war bereits durch die bekannten Schnelligalgen „beruhigt" worden. Österreich fühlte sich stark genug, aus seiner scheinbaren Unthätigkeit und Gleichgiltigkeit herauszutreten und handelnd in die deutsche Frage einzugreifen.

Die österreichische Regierung hatte am 5. April 1849 ein Abberufungsschreiben an die Abgeordneten aus ihren Ländern ergehen lassen und darin wörtlich erklärt, „die Nationalversammlung habe durch die Verkündung der Reichsverfassung den Boden des Rechtes verlassen; nie werde Österreich seine Gesetzgebung einer fremden, nie der Kaiser von Österreich sich einem fremden Fürsten unterordnen." Die meisten österreichischen Abgeordneten leisteten der Aufforderung Folge und schieden aus (18. April 1849).

Schon vor dem Ausscheiden der Österreicher, am 11. April, hatte die Nationalversammlung, in der immer mehr die Linke das Übergewicht gewann, den feierlichen Beschluß gefaßt, an der Reichsverfassung festzuhalten. Nachdem dann in der preussischen Abgeordnetenversammlung der Ministerpräsident Graf Brandenburg bestimmt erklärt hatte, daß Preußen die Reichsverfassung nicht anerkennen würde, und seine Rede mit dem berühmten: „Niemals, niemals, niemals!" geschlossen hatte, war der Bruch zwischen Frankfurt und Berlin unvermeidlich geworden. Am 4. Mai beschloß die Nationalversammlung, auf Betreiben der Linken und auf Antrag von Wydenbrugk, noch einmal alle Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk aufzufordern, die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Sollte Preußen sich fernerhin dessen weigern, so sollte die „Reichsregentschaft" auf den mächtigsten Fürsten übergehen, der die Verfassung anerkannt hätte. Das war damals der König von Württemberg, der vor kurzem sich zu diesem Schritte bequemt hatte, allerdings mehr gezwungen als freiwillig.

Diese Verhandlungen und diese Beschlüsse in Frankfurt hatten zunächst eine Reihe von blutigen Aufständen und Kämpfen zur Folge. Gerade die ausgesprochensten Demokraten, die hitzigsten Demagogen waren jetzt die Vorkämpfer der Verfassung, die sie vorher nicht scharf genug hatten bekämpfen können. Sogar in mehreren preussischen Städten, so in Düsseldorf, Elberfeld, Sierlohn, Breslau, brachen Aufstände aus, die jedoch rasch und thatkräftig niedergeschlagen wurden. Folgenreicher war der Aufstand in Sachsen. Dort begeisterte sich der Russe Michael Bakunin „für die deutsche Reichsverfassung“ und führte Scharen von armen Webern aus dem Erzgebirge und von Bergleuten aus Freiberg nach Dresden. Der König von Sachsen mit seiner Familie flüchtete auf den Königstein, eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, Barrikaden wurden gebaut, und Tage lang tobte blutiger Straßenkampf, der erst unterdrückt wurde, als das preussische Gardegrenadierregiment Kaiser Alexander eingerückt war und die Hauptbarrikaden am Postplatz und am Altmarkte gestürmt hatte. Noch gewaltiger waren die Erhebungen in der Pfalz und in Baden, wo das treulose und eidbrüchige Militär einen festen Kern für die Volksbewaffnung abgab. In der Pfalz stand zunächst ein Westpreuße polnischer Abkunft, der früher in seiner Heimat Schneider geheissen und sich jetzt in „General Sznayda“ verwandelt hatte, an der Spitze. Die Oberleitung in Baden übernahm der Pole Mieroslawski, der vorher in der Provinz Posen das Haupt des polnischen Aufstandes gewesen war. Diese Bewegung, die einen ausgesprochen republikanischen Charakter hatte, wurde erst nach einem glänzenden, aber blutigen Feldzuge unter der Führung des „Prinzen von Preußen“ niedergeschlagen.

Sobald die erste Kunde von dem Vorgehen der Preußen in Dresden nach Frankfurt gelangt war, entstand eine heftige Gährung in der Paulskirche. Tobende Auftritte fanden statt. Am 10. Mai wurde auf Antrag von Nebenfolgender Beschluß gefaßt: „1. Dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle Mittel entgegenzutreten. 2. Unter Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volkes und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgiltig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und jede Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Zentralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern.“ Die „Zentralgewalt“ war nämlich immer noch vorhanden; der Reichsverweser hatte immer noch standhaft auf seinem undankbaren Posten ausgehalten. Man sprach sogar damals davon, ihm selbst vorläufig die Würde des Reichsoberhauptes zu übertragen. Aber das neue Reichsministerium, das er in jener Zeit berief: Grävell, Detmold, Sohmus, und das man als eine Beleidigung für die Nationalvertretung erklärte, bewies, daß mit ihm nichts anzufangen war. Seine Würde legte er aber, um das gleich hier zu erwähnen, erst am 20. Dezember 1849 nieder.

Die preussische Regierung ließ sich jedoch durch die Beschlüsse vom 10. Mai nicht beirren, sondern berief am 14. Mai die preussischen Abgeordneten von Frankfurt ab. Einige verwahrten sich zwar anfänglich dagegen, weil sie ihr Mandat nicht von der Regierung, sondern vom Volke hätten; aber schon am 21. Mai erklärten 65 Mitglieder der erbkaiserlichen oder kleindeutschen Partei, darunter die hervorragenden Männer der ganzen Versammlung, Gagern, Dahlmann, Simson, Arndt, Beseler u. s. w., ihren Austritt und begründeten ihn in höchst würdiger Weise. Zahlreiche andere Mitglieder folgten in den nächsten Tagen ihrem Beispiel und verließen Frankfurt, teils mit ausdrücklicher Austrittserklärung, teils ohne eine solche.

Trotzdem löste sich die Versammlung nicht auf, wollte auch von einer Vertagung nichts hören. Schon früher hatte man die Zahl der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Stimmen auf 200 herabgesetzt, jetzt wurde sie auf 100 beschränkt. Viel mehr Mitglieder waren auch nicht mehr vorhanden. Diese beschloßen am 30. Mai, nach Stuttgart überzusiedeln. Am 6. Juni wurde in der Saale der Stuttgarter Abgeordnetenkammer die erste Sitzung abgehalten. Dieses „Rumpsparlament,“ das immer mehr zusammenschmolz, nannte sich zwar immer noch „konstituierende deutsche Nationalversammlung,“ sagte sich aber zugleich förmlich von der bisherigen Zentralgewalt los. Es wählte eine eigne „Reichsregentschaft“ aus seiner Mitte; an ihrer Spitze stand der Zigarrenfabrikant Franz Raveaux aus Köln, spottweise „Kaiser Zigarros I.“ genannt. Ihre erste Regierungshandlung bestand darin, daß sie die Aufstände in der Pfalz und in Baden als unter ihrem Schutze stehend erklärte (8. Juni 1849). Als sie aber auch Württemberg durch die sogenannte Organisation der Volkswehr aufzuwiegeln strebte, wurde der Unfug dem Ministerpräsidenten dieses Landes, Römer, der selbst noch einigen Sitzungen in Stuttgart beigewohnt hatte, denn doch zu arg. Am 17. Juni forderte er die Reichsregentschaft auf, ihren Sitz außerhalb Württembergs zu verlegen, und erklärte, daß er das Tagen des Parlaments nicht mehr dulden werde. Am 18. fanden die Abgeordneten das Sitzungshaus geschlossen und wurden mit Gewalt zurückgewiesen. Der Reichsregent ging nach Karlsruhe, um die Leitung des badischen Aufstandes zu übernehmen. Auch andre Mitglieder nahmen an dem offenen Aufruhr teil und endeten zum Teil auf den Barrikaden, andre starben als heimatlose Flüchtlinge in fremden Ländern, noch andre erschienen als Angeklagte vor den Gerichten und beschloßen ihre politische Rolle in den Gefängnissen. So kläglich und erbärmlich endete eine Versammlung, deren Zusammentritt man mit den überschwänglichsten Hoffnungen und Erwartungen begrüßt hatte. Nichts war erfüllt, nichts war erreicht, nichts war geschaffen worden.

Die aus dem Volke hervorgegangene Bewegung hatte die deutsche Frage nicht zu lösen verstanden. Jetzt nahmen sie die Regierungen in die Hand, und in kurzer Zeit zeigte sich deutlich, daß sich alles schließlich auf eine Machtfrage

zwischen Preußen und Österreich zuspitzte. Das war freilich im Grunde genommen immer der Fall gewesen und hätte niemals vergessen werden sollen.

Während preußische und einige andre Bundestruppen, Hessen und Mecklenburger, den Aufstand in der Pfalz und in Baden siegreich bekämpften, setzte man von Berlin aus die Unionsbestrebungen fort. Baden hatte, als es preußische Hilfe gegen die Revolution erbat, sich ganz an Preußen angeschlossen und war dem „Dreikönigsbunde“ beigetreten; auch Baiern verhielt sich nicht mehr ganz ablehnend, da es Preußens in der Pfalz bedurfte. So schienen fast alle Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands geneigt, der preußischen Führung zu folgen.

In dem „Entwurfe der Verfassung des deutschen Reiches“, der dem Dreikönigsbunde zu Grunde gelegt war, war das Ausscheiden oder die Ausschließung Österreichs zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, sondern es hieß im ersten Abschnitte nur: „Das deutsche Reich (der deutsche Bundesstaat) umfaßt nur diejenigen Staatsgebiete, welche die Reichsverfassung anerkennen.“ Aber nach der oben mitgetheilten Erklärung Österreichs bei Gelegenheit der Abberufung seiner Abgeordneten aus Frankfurt konnte kein Zweifel sein, daß für den Kaiserstaat in diesem Reiche kein Platz war. Seine bisherige Stellung in Deutschland wollte jedoch Österreich nicht aufgeben, sondern um jeden Preis wiedergewinnen. Die Bemühungen der „Großdeutschen“ in Frankfurt unter der geschickten Leitung Schmerlings hatten nicht vermocht, die Kaiserwahl zu hintertreiben. Die Anwesenheit des österreichischen Reichsverwesers in Frankfurt hatte allerdings mitgeholfen, thatächliche Ergebnisse zu hintertreiben. Man wandte aber jetzt andre Mittel an. So lange der Kampf in Ungarn noch fort dauerte, trat die österreichische Regierung nicht offen hervor, sondern stiftete nur allerlei Ränke und Hekereien an den Höfen der Mittelstaaten an, um das Dreikönigsbündnis zu zerreißen. Damit Preußen möglichst in Sicherheit gewiegt würde, einigte man sich mit ihm zu einer gemeinsamen Bundesregierung in Frankfurt, die aus den Händen des Reichsverwesers die Befugnisse des alten Bundestages erhalten sollte. Das dauerte aber nur kurze Zeit. Inzwischen hatten die Zettlungen bei den Mittelstaaten ihre Wirkung gethan. Sachsen und Hannover fielen von Preußen ab und schickten keine Vertreter nach Erfurt, wo die Bundesverfassung endgiltig festgestellt werden sollte, und Hannover sagte sich förmlich von dem Bündnisse vom 26. Mai 1849 los. Dann kam Baiern mit einem neuen Verfassungsentwurfe, der angeblich von den drei andern Königreichen gebilligt worden sein sollte, daher „Vierkönigsbündnis“ genannt. Das erhöhte die Verwirrung noch. Endlich setzte der König von Württemberg so sehr alle Rücksicht beiseite, daß er bei der Eröffnung des neuen Landtages (15. März 1850) offen aussprach, der deutsche Einheitsstaat sei das „gefährlichste aller Traumbilder“, und das Bündnis vom 26. Mai 1849 sei „ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet,“ und so verlegende Worte für Preußen hinzufügte, daß dieses allen diplomatischen

Verkehr mit Württemberg für einige Zeit abbrach. Auch der Kurfürst von Hessen machte alle möglichen Schwierigkeiten.

Trotzdem hielt Preußen an der Vereinigung fest, und am 20. März 1850 wurde das neue Reichsparlament, bestehend aus einem Volks- und einem Staatenhaufe, gewöhnlich genannt das Unionsparlament, von seinen großdeutschen und demokratischen Gegnern auch wohl spottweise als „Festungsparlament“ bezeichnet, durch eine glänzende Rede von Radowiz eröffnet. Die Verhandlungen nahmen auch einen so guten Fortgang, daß bereits am 27. April 1850 der Verfassungsentwurf angenommen wurde, und nur noch die Genehmigung der Bundesregierungen fehlte. Preußen schien einen großen Erfolg errungen zu haben. Aber das verhängnisvolle „Zu spät,“ das in der Regierung Friedrich Wilhelms IV. so oft eine traurige Rolle spielte, machte sich hier am schlimmsten geltend.

Am 13. August 1849 hatte Arthur Görgey, dem man wohl mit Unrecht, Verrat schuldgab, vor dem russischen General Rüdiger bei Bilagos die Waffen gestreckt. Die letzte ungarische Feldarmee war damit verschwunden, und mit den übrigen einzelnen Scharen hatte man leichtes Spiel. In Komorn hielt sich Klapka noch einen Monat. Mit der Übergabe dieser Festung endete der Krieg, und in kurzer Zeit wurde das ganze Land „beruhigt,“ unter reichlicher Anwendung der altbewährten und gründlichen Mittel „Pulver und Blei“ und „Galgen.“

Nun war für Österreich der Zeitpunkt gekommen, die Maske vollends abzuwerfen, und Fürst Felix von Schwarzenberg, jener ebenso schlaue wie thatkräftige und rücksichtslose Leiter der österreichischen Politik, sprach fast mit zynischer Offenheit jenes berühmte Wort: *Il faut avilir la Prusse, et après la démolir.*

Einen Tag zuvor, ehe die Unionsverfassung in Erfurt angenommen worden war, 26. April 1850, erließ die österreichische Regierung ein Rundschreiben, um zu einer außerordentlichen Plenarversammlung des Bundes in Frankfurt am 10. Mai aufzufordern und die von Preußen und Österreich eingesetzte provisorische Zentralgewalt, die sogenannte Bundeskommission, durch ein endgültiges Bundesorgan zu ersetzen. Einige Regierungen leisteten Folge; Preußen antwortete ablehnend und berief einen Fürstentkongreß auf den 8. Mai nach Berlin, bei dem die Einigkeit freilich sehr fehlte. Darauf erließen die von dem neu wiederhergestellten Bunde vertretenen Regierungen, außer Österreich die vier Königreiche, die beiden Hessen, die sich jetzt von der Union losgesagt hatten, Dänemark für Holstein und einige Kleinstaaten, eine gemeinsame Aufforderung, den alten Bundestag zum 1. September 1850 wieder zu eröffnen. Preußen lehnte unterm 25. August diese Aufforderung abermals ab, und seit dem 1. September gab es zwei Bundesregierungen in Deutschland, das Fürstentkollegium in Berlin und den österreichischen Bundestag in Frankfurt a. M.

Daß der Streit um die Führerschaft in Deutschland sich jetzt zu einer bloßen Machtfrage zwischen Österreich und Preußen zugespitzt hatte, konnte da niemand

mehr zweifelhaft sein. Außerdem gab es aber nun noch zwei brennende Fragen, welche den Widerstreit zwischen den beiden Vormächten verschärften. Das waren die schleswig-holsteinische Angelegenheit und der kurhessische Verfassungsstreit. In beiden hatte der österreichische Bundestag bereits vorweg seine Entscheidung getroffen. Ein dänischer Gesandter war, wie schon bemerkt, zugelassen worden, und der Bundestag hatte versprochen, „zur Unterwerfung der unbotmäßigen Herzogtümer unter die rechtmäßige [d. h. die dänische] Regierung“ bewaffnete Hilfe zu leisten. Ebenso war dem Kurfürsten von Hessen Bundeshilfe zugesagt worden, um den Widerstand seines Volkes gegen die ungesetzlichen Übergriffe des Hassenpflug'schen Regiments zu brechen. Gab Preußen in der ersten Frage nach, so mußte es in den beiden andern dasselbe thun, so schwer auch seine Interessen und sein Ansehen, ja seine Ehre dadurch geschädigt wurden.

Aber Preußen schien dieses mal feststehen zu wollen. Der König selbst sprach sich sehr entschieden in diesem Sinne aus. Radowiz wurde Minister des Außern (27. September), und zwei preußische Heere wurden zusammengezogen, eins in Thüringen, eins in Westfalen.

Doch auch Österreich war nicht müßig. Am 11. und 12. Oktober traf der Kaiser von Österreich mit den Königen von Baiern und von Württemberg in Bregenz am Bodensee zusammen; alle drei waren von ihren hervorragenden Staatsmännern und Generalen begleitet. Bei dem kaiserlichen Festmahle schloß der König von Württemberg seinen Trinkspruch mit den Worten: „Ein alter Soldat macht nicht viele Worte, aber er folgt dem Rufe seines Kaisers, wohin es auch sei!“ Der Kaiser erwiderte lächelnd: „Wir sind stolz darauf, mit so wackern Kameraden vor den Feind zu gehen!“ Wer der „Feind“ war, brauchte nicht erst ausgesprochen zu werden. Man beschloß, ein Heer von 200 000 Mann aufzustellen und gemeinsam mit den Waffen in der Hand gegen die Preußen in Kurhessen vorzugehen. Auch in Böhmen und Mähren wurden österreichische Truppen zusammengezogen. Am 25. Oktober wurde vom Bundestage die Exekution in Kurhessen beschlossen. Am 1. November überschritt ein österreichisch-bairisches Heer die Grenze dieses Landes; am folgenden Tage rückte ein preußisches unter dem Grafen von der Gröben von Thüringen aus in Fulda ein, ein andres von Westfalen aus in Kassel. In der Nähe von Fulda standen die beiderseitigen Vorposten fast auf Gewehrschußweite einander gegenüber. Der Ausbruch eines gewaltigen Krieges schien unvermeidlich. Da fand am 2. November ein großer Ministerrat in Berlin statt; Radowiz, unterstützt von dem Prinzen von Preußen, verlangte Mobilmachung der ganzen Armee; der Minister des Innern, von Manteuffel, widersprach, und der König stimmte ihm bei. Radowiz nahm seine Entlassung, und das „Ministerium der rettenden That,“ Brandenburg-Manteuffel, übernahm die Leitung der Geschäfte. In einer Note vom 3. November erklärte sich Preußen bereit, den Bundestagsbeschlüssen bezüglich Schleswigs und Kurhessens beizutreten, verlangte aber von Österreich Abrüstung. Die österreichische

Antwort bestand zunächst darin, daß der Fürst von Thurn und Taxis weiter vorrückte. Nun wurde auch in Berlin, namentlich auf das Drängen des Prinzen von Preußen, eine allgemeine Mobilmachung beschlossen, und das ganze Land hallte wieder vom Lärme der Waffen. Manteuffel erklärte zwar, daß damit nur die Volksstimmung beruhigt werden sollte, und that die bekannte Äußerung, daß „der Starke mutig weicht.“*) In diesem Sinne war der General Gröben instruiert worden. Förmlich betäubend wirkte in Preußen, im Volke wie im Heere, die Nachricht, daß bei Bronnzell, nachdem man einige Schüsse gewechselt hatte, durch die ein preußischer Trompeterschimmel verwundet worden war, die Preußen sich ohne Widerstand zurückgezogen hatten, „aus strategischen Rücksichten,“ wie es hieß, um die „Etappenstraße“ bei Hersfeld zu besetzen (8. November 1850). Das ganze Zusammentreffen wurde für ein „Mißverständnis“ erklärt.

Wie war das möglich? fragte man sich allgemein, und fragt man sich wohl noch jetzt. Ein solcher Schlag war der preußischen Waffenehre noch nie zugefügt worden. Um das zu erklären, müssen wir unsre Blicke auf einen andern, weit entfernten Schauplatz wenden, wo die Fäden zu dem diplomatischen Ränke-
spiel geknüpft wurden, welches diese unerhörte Demütigung des tapfern, unbefiegten Heeres herbeiführte.

Seit dem 15. Oktober weilte Kaiser Nikolaus in Warschau. Auf seine Einladung besuchte ihn dort der Kaiser Franz Josef, begleitet von seinem Minister von Schwarzenberg. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte die Entscheidung seines Schwagers angerufen und schickte zu dessen Begrüßung seinen Bruder, den Prinzen Karl, und den Ministerpräsidenten Graf Brandenburg nach Warschau. Ehe der Selbstherrscher aller Rußen nicht gesprochen hatte, konnte nichts geschehen, und dieser zögerte nicht, seine Willensmeinung mit gewohnter Kürze und Klarheit auszudrücken. Wie ein römischer Imperator einen Statthalter empfing, der sich sein Mißfallen zugezogen hatte, und der nach Rom entboten war ad audiendum verbum Caesaris, so empfing Kaiser Nikolaus den preußischen Minister. Er bezeichnete die preußischen Unionsbestrebungen als Liebsäugeln mit der Revolution, warf Preußen vor, von den altherwürdigen Überlieferungen der heiligen Allianz abgewichen zu sein, und verlangte unbedingte Nachgiebigkeit gegen die Forderungen Österreichs. Nicht einmal etwas erwidern durfte Graf Brandenburg dem Schwager seines Königs. Sein Hohenzollernblut stockte, sein treues preußisches Herz brach ob dieser Schmach. Erschüttert und geknickt kehrte er nach Berlin zurück. In wenigen Tagen wurde der tapfere und starke Mann von einem hitzigen Fieber dahingerafft (6. November 1850). Die letzten Worte, die man von ihm vernahm, waren: „Meinen Helm, mein Schwert. . . Die ganze Armee vorrücken. . . Es ist zu spät.“

*) In dieser Form, die am verbreitetsten ist, ist die Äußerung allerdings nicht gefallen; auch nicht in der: „Der Starke weicht einen Schritt zurück.“ Wörtlich hieß es: „Der Starke tritt wohl einen Schritt zurück.“

Jene Zusammenkunft in Warschau hatte Bronnzell herbeigeführt; auf Bronnzell folgte Olmütz. Am Tage nach Bronnzell traf in Berlin eine Note von Schwarzenberg ein, worin die förmliche Auflösung der Union, und zwar durch einen Beschluß des Fürstenkollegiums, und Anerkennung des Bundestages verlangt wurde; dagegen willigte Österreich in die Abhaltung von „freien Konferenzen,“ auf denen über die Umgestaltung der Bundesversammlung beraten werden sollte. Am 15. November erfüllte Preußen die erste Forderung. Am 24. verlangte der österreichische Gesandte von Prokesch die Räumung Kurhessens durch die preußischen Truppen binnen vierundzwanzig Stunden und die Teilnahme Preußens an der Bundesexekution in Schleswig-Holstein. Jetzt bat Manteuffel Schwarzenberg um eine Zusammenkunft in Olmütz und reiste sofort dahin. Die Konferenz fand statt am 29. November 1850. Manteuffel gab in allen Stücken nach und rettete nur die „freien Konferenzen.“ Schwarzenberg setzte sein Programm vollständig durch, das dahin lautete: „Preußen aus allen seinen vorgeschobenen Stellungen verdrängen, es isoliren, ihm die Sympathien nicht nur der Bevölkerungen, sondern auch der Regierungen der deutschen Staaten entziehen, in ganz Deutschland, bis an dessen äußerste Grenzen, die Fahnen und damit die Macht des österreichischen Kaiserstaats entfalten und alle Spuren der nationalen und freiheitlichen Bestrebungen des Jahres 1848 vernichten.“ Die preußischen Truppen wurden bis auf ein Bataillon, das in Kassel blieb, aus Kurhessen zurückgezogen, und die „Strafbaiern“ thaten ihre Pflicht, um das Land „zum Gehorjam“ zu bringen. Preussische Pioniere mußten bei Wittenberge eine Brücke über die Elbe schlagen für die österreichischen Truppen, welche nach den meerschlungenen Herzogtümern zogen, um sie zu entwaffnen und von neuem den dänischen Quälereien auszuliefern. Und der ganze Haß für alle diese Nichtswürdigkeiten fiel nicht etwa auf Österreich, das der sogenannte unmoralische Urheber derselben war, sondern auf Preußen, das doch nur durch seine unverzeihliche Schwäche mitschuldig war. Das zuwege zu bringen, war das Meisterwerk der Schwarzenbergschen Staatskunst. Wahrlich: das Avilir la Prusse war ihm zur Genüge gelungen; das démolir, das Österreich im Jahre 1866 plante, sollte zu einem andern Ausgange führen.

Die „freien Konferenzen,“ jene gewaltige Errungenschaft Manteuffels in Olmütz, fanden statt, und zwar in Dresden. Sie dauerten vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 und führten, wie vorausszusehen war, zu nichts weiter, als daß sie „viel schätzbares Material*)“ lieferten, was bei einer etwaigen spätern Umgestaltung des Bundes von großem Nutzen sein konnte.“ Einfache Rückkehr zum Bundestage war die Parole. Am 27. März forderte Preußen seine Verbündeten hierzu auf, und am 30. Mai dieses Jahres wurde der Bundestag in der alten Form wiederhergestellt.

*) Hier wurde dieser Ausdruck zuerst in einer amtlichen Rede von Schwarzenberg angewandt.

Seine Wirksamkeit, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, äußerte sich wieder in altgewohnter Weise. Für die Prüfung oder Beurteilung von Verfassungsfragen wurde eine „Bundeszentralkommission“ eingesetzt, der sogenannte Reaktionsausschuß, und diese Behörde rechtfertigte das vom Bunde in sie gesetzte Vertrauen vollständig. In Hessen-Kassel, Hessen-Homburg, Lippe-Detmold stieß sie die beschworenen Verfassungen um; Hassenpflug und Hannibal Fischer waren Männer nach ihrem Herzen. In Württemberg, Hannover, Mecklenburg begünstigte sie die blindeste Reaktion. Durch das Bundesgesetz vom 6. Juli 1854 wurde für die sämtlichen deutschen Bundesstaaten eine gemeinsame Norm für die Preßverhältnisse aufgestellt, und die alten Preßquälereien begannen von neuem. Im übrigen lastete auf dem politischen Leben der deutschen Nation derselbe dumpfe Druck, über unserm Vaterlande dieselbe dumpfe Schwüle, welche für die Zeit vor 1848 kennzeichnend gewesen war.

Als der orientalische oder Krimkrieg tobte, suchte Österreich für seine Sonderzwecke den deutschen Bund und auch Preußen in den Krieg hineinziehen. Die kluge und feste Politik Preußens, auf die bereits der damalige Bundestagsgesandte Otto von Bismarck einzuwirken anfang, verhinderte dies. Bei dem blutigen Kampfe um die Lombardei war Preußen bereit, Österreich Bundeshilfe zu leisten, und die dichten Heersäulen der Preußen zogen zum Rheine, um Österreich, das zwar bei Magenta und Solferino geschlagen, aber noch keineswegs niedergeworfen war, durch einen Einmarsch in Frankreich Luft zu schaffen. Aber der Kaiser Franz Josef schloß lieber den übereilten Frieden zu Villafranca, als daß er preußische Hilfe angenommen hätte. Was bei diesem Friedensschlusse, abgesehen von der überlegenen Schlaueit und Dialektik des Kaisers Napoleon, den Ausschlag gegeben hatte, das war der unüberwindliche Haß, das unbefiegbare Mißtrauen gegen Preußen. *Proprium est ingenii humani odisse quem laeseris*, sagt ein altes lateinisches Wort, und Österreich hatte Preußen in dem letzten Jahrzehnt zu viel Böses zugefügt, um eine andre Empfindung hegen zu können. Napoleon verstand es geschickt, das Mißtrauen des österreichischen Kaisers zu benutzen und in ihm den Argwohn wachzurufen, daß Preußen diese Gelegenheit nur benutzen wolle, um neben der militärischen auch die politische Leitung Deutschlands an sich zu reißen. Das kostete Österreich die Lombardei.

In allen innern Fragen pflegte sich Preußen entweder gleich den österreichischen Absichten zu fügen, oder es wurde am Bunde überstimmt, „majorisirt“; eine willfährige Mehrheit fand die kaiserliche Regierung immer, und dann gab Preußen nach. Man darf sich daher nicht wundern, wenn Österreich den Versuch machte, Preußen vollends zu einem Staate zweiten Ranges herabzudrücken. Dazu sollte der sogenannte Bundesreformplan vom Jahre 1863 dienen. Dieser Plan war durch geheime Verhandlungen mit den Mittelstaaten festgestellt worden, und Preußen sollte damit völlig überrascht und vereinzelt werden. Erst am

3. August des genannten Jahres machte der Kaiser dem Könige von Preußen im Bade Gastein mündlich davon Mitteilung. Schon am folgenden Tage ergingen an alle deutschen Fürsten Einladungsschreiben zu einem großen Fürstentage in Frankfurt a. M. für den 26. August dieses Jahres. Alle Einwendungen des Königs von Preußen, daß er sich nicht so überraschen lassen könnte, daß erst eine Einigung zwischen den beiden Großmächten herbeigeführt werden müsse u. s. w., blieben unbeachtet. Der Fürstentag fand statt; außer Preußen fehlten nur einige Kleinstaaten und Dänemark wegen Holstein. Der Bundesreformplan wurde vorgelegt. Es verlohnt sich nicht, ihn im einzelnen zu besprechen; es sollte ein Direktorium, ein Bundesrat, ein sogenanntes Delegirtenparlament eingerichtet werden, alles unter Österreichs Leitung, das namentlich die Militärmacht des Bundes fast ganz in seine Hand gebracht hätte. Die Mittelstaaten zeigten sich sehr höflich, sehr entgegenkommend, aber in der Hauptsache machten sie Ausflüchte und Schwierigkeiten; eine österreichische Hegemonie wollten sie ebenso wenig wie eine preussische. Alle Versuche, Preußen zum Beitritte zu bewegen, schlugen fehl; der König hielt sich fern, und da Österreich Gewalt weder gebrauchen wollte noch konnte, so verlief die ganze Sache, die mit soviel Prunk begonnen worden war, im Sande. Die kaiserliche Regierung sollte fühlen, daß jetzt in Preußen ein anderer Geist herrschte. Das Hohenzollernszepter ruhte in den Händen des Königs Wilhelm, und der Mann, der als erster Berater neben ihm stand, hieß nicht mehr Otto von Manteuffel, sondern Otto von Bismarck-Schönhausen.

In dem bald darauf ausbrechenden dänischen Kriege wurde das Herzogtum Holstein von Bundestruppen besetzt. Als Österreich, trotz der bei Gelegenheit des Fürstentages erlittenen Niederlage, mit Preußen ein Bündnis abgeschlossen hatte, wurden diese Truppen, Sachsen und Hannoveraner, einfach, beiseite geschoben, zum großen Ärger der mittelstaatlichen Diplomaten. Wie schon früher erwähnt, durfte im folgenden Jahre Herr von Beust an den Londoner Konferenzen als Vertreter des deutschen Bundes teilnehmen. Einen weiteren Zweck hatte die Sache nicht.

Als bald darauf dann der Zeitpunkt herannahte, wo die deutsche Frage mit „Blut und Eisen“ zum Austrage gebracht werden sollte, suchte Österreich zum letzten male den Bund gegen Preußen auszuspielen. Am 11. Juni 1866 stellte es den Antrag, die Mobilisirung der ganzen Bundesarmee, mit Ausnahme der drei preussischen Korps, zu beschließen. Schon am dritten Tage darnach, am 14. Juni, unerhört schnell bei einer so wichtigen Sache, wurde über den Antrag abgestimmt, und zwar unter Hintansetzung aller für eine Bundesexekution vorgeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen. Zum letzten male gelang es Österreich, eine Mehrheit gegen Preußen zu stande zu bringen, allerdings nur durch Fälschung und gesetzwidrige Zählung von Stimmen. Die Exekution wurde beschlossen. Darauf erklärte der preussische Gesandte, von Savigny, den Bund

für gebrochen und stellte seine amtliche Thätigkeit ein. Damit trat Preußen aus dem Bunde aus; ihm folgten die meisten norddeutschen Kleinstaaten. Der Rest des Bundestages blieb in Frankfurt, bis der Anmarsch der siegreichen preussischen Mainarmee ihm den Aufenthalt dort unheimlich machte. Am 14. Juli siedelten die würdigen Herren unter Führung des österreichischen Präsidialgesandten von Kübeck nach Augsburg über, schlugen ihr Quartier in dem bekannten Gasthose „Zu den drei Mohren“ auf und hielten sogar noch einige Sitzungen. Nach Abschluß der Präliminarien von Nikolsburg verließ der österreichische Gesandte Augsburg ganz in der Stille. Ihm folgten nach und nach die übrigen Gesandten. Der letzte war der des gewesenen Herzogtums Nassau, der Fürst von Sayn-Wittgenstein, der bis zum 24. August ausgehalten hatte.

So endete ohne Sang und Klang, ruhmlos und ehrlos, ernstlich betrauert wohl nur von sehr wenigen, mißachtet selbst von denen, welche vorgaben, dafür zu kämpfen, unter dem Jubel von vielen Millionen patriotischer Deutschen der unselige deutsche Bundestag. —

Das jetzt lebende Geschlecht, und zwar nicht nur die Jüngern, die die Ereignisse, welche hier vorgeführt sind, nur aus Büchern kennen, sondern auch ältere, gereifere Männer, die damals schon an der Politik thätigen Anteil genommen oder doch wenigstens als denkende Beobachter jene großen Umgestaltungen miterlebt haben, wir alle, wenn wir rückwärts blicken auf jene Vorgänge, haben das Gefühl, als ob uns eine lange, lange Zeit von ihnen trennte, als ob sie weit, weit hinter uns lägen. Eine wunderbare Erscheinung, da in Wirklichkeit der Zeitraum, welcher seitdem verflossen ist, nur sehr kurz ist. Das kommt daher, daß in überraschend kurzer Zeit nicht bloß die gesamte innere und äußere politische Lage in Deutschland und dem jetzt mit ihm fest verbündeten Österreich sich völlig verändert und daß die Stimmung und die Gesinnung der Bevölkerung dieser mächtigen Reiche eine gründliche und segensreiche Umwandlung erfahren hat. Unter Preußens Führung ist Deutschland geeinigt worden und zu einer Höhe der Macht und Größe emporgestiegen, wie nie zuvor. Das uns jetzt eng befreundete Österreich, das Jahre lang grolend sich fernhielt, hat seit geraumer Zeit erkannt, daß seine Interessen denen des neuen Reiches nicht widersprechen, sondern daß ein festes Zusammenhalten beider Staaten die beste Bürgschaft ist, nicht nur für Heil und Wohlergehen dieser beiden Länder, sondern auch für die Ruhe und den Frieden Europas.

Wenn daher jene Vorgänge, die jetzt der Geschichte, nicht mehr der Tagespolitik angehören, dem Leser vor Augen geführt werden, so geschieht es nicht etwa in der Absicht, alte Wunden, die jetzt geheilt sind, wieder aufzureißen, alte Leidenschaften, die sich beruhigt haben, wieder wachzurufen. Im Gegenteil! Nichts wäre weniger am Platze in der ernstesten und schwersten, ja in der bangen und trüben Zeit, in der wir leben. Sene Irrungen und Verwirrungen der Po-

litik werden nur darum vorgesehrt, um einerseits als Warnung zu dienen, uns Reichsdeutschen sowohl wie unsern Bundesgenossen in Österreich, daß wir nicht wieder in ähnliche Fehler verfallen. Andererseits aber sollen die Stürme und Kämpfe, die Leiden und Opfer, welche erforderlich waren, um das zu erreichen, was erreicht ist, uns allen eine ernste, in der jetzigen Zeit, in der Kaiser und Vaterland von schwerem Kummer gedrückt sind, umso eindringlichere Mahnung sein, in der Treue gegen Kaiser und Reich, in der Liebe zu unserm erhabenen Herrscherhause, in opferwilliger Liebe zu unserm Vaterlande unerschütterlich fest zusammenzustehen, unverbrüchlich fest aber auch zu unsern Bundesgenossen zu halten. Dann können wir allen Gefahren getrost entgegen gehen.



Gottsched und die deutsche Sprache.

Von Albert Richter.

(Schluß.)



ottscheds Vorschlag fand überall Beifall und drang in ganz Deutschland durch, trotz einiger Querköpfe und Spötter, und das Verdienst, das er sich durch diese Einigung Deutschlands erworben hat, ist sicher nicht gering. Die Einigung Deutschlands in Sprache, Wissenschaft und Dichtung war eine notwendige Vorstufe der staatlichen Einigung. Die sich eng verbunden um diejenigen scharten, die in Wort und Schrift dem Volke das „Seid einig!“ zuriefen, die haben später ebenso eng verbunden durch Thaten die Einigkeit herbeigeführt.

Die abseits stehenden Nord- und Süddeutschen hat Gottsched zuerst durch die Sprache mit den Mitteldeutschen und dadurch alle unter einander einig gemacht. Im Jahre 1749 erhielt Gottsched einen Brief aus Wien, durch den ihm mitgeteilt wurde, seine deutsche Sprachkunst gehe dort „hausenweise“ ab und helfe zum Deutschlernen trotz des Einflusses der Jesuiten. Im Jahre 1762 konnte Gottsched die Hoffnung aussprechen, seine Sprachlehre werde allmählich in den Landschaften längs der Donau und des Rheins mehr und mehr in Aufnahme kommen, je mehr sie schon in der kaiserlichen Residenz selbst auf allerhöchste Genehmigung und ausdrücklichen Befehl bei der vornehmen adlichen Jugend eingeführt worden sei.*)

*) Reiches Material zur Geschichte des Vordringens der Gottschedischen Schriftsprache in die katholischen Gegenden Süddeutschlands bieten die kürzlich unter dem Titel Von Luther bis Lessing erschienenen sprachgeschichtlichen Aufsätze von Friedrich Kluge (Straßburg, Trübner, 1888). Vergl. besonders den neunten Abschnitt.